

Dr. Frank Brodehl zur Debatte um Sprachdefizite bei Einschulung und Kitapflicht:

„Kitapflicht verstaatlicht die Kindererziehung, bietet aber keine Lösung für Sprachprobleme“

Kiel, 29. August 2018 **An öffentlichen Schulen werden immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund eingeschult, die keine oder nur unzureichende Deutschkenntnisse besitzen. Um die daraus folgenden Probleme zu lindern oder gar zu vermeiden, werden in Politik und Medien Rufe laut, für Migrantenkinder eine Kitapflicht einzuführen. Dr. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Sprachdefizite bei Migrantenkindern stellen für Grund- wie für weiterführende Schulen ein zunehmendes Problem dar – auch in Schleswig-Holstein. Die Einführung einer Kitapflicht für Migrantenkinder bietet hierfür jedoch keine Lösung, dafür wäre sie ein weiterer Schritt in die zunehmende Verstaatlichung der Kindererziehung in Deutschland.

Zwar würde durch die Kitapflicht die Zahl der Migrantenkinder in Kindertagesstätten steigen, mit einem wachsenden Migrantenanteil würde jedoch der Anreiz, innerhalb dieser Gruppe Deutsch zu sprechen, vermindert.

Absehbar würde die Einführung einer Kitapflicht – zunächst für Migrantenkinder – absehbar nur der Anfang sein. Schnell würde die Kitapflicht auf lernschwache Kinder aus sogenannten bildungsfernen deutschen Familien ausgeweitet werden, um schließlich alle Kinder zum Besuch einer Kita zu verpflichten – stets mit demselben ideologischen ‚Argument‘ von der vermeintlichen Bildungsgerechtigkeit.

Wir als AfD-Fraktion lehnen eine solche Entwicklung strikt ab. In Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes heißt es: *„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“* – aus gutem Grund. Diese Regelung fand ins Grundgesetz ganz bewusst Eingang nach den Erfahrungen, die Deutschland zuvor mit staatlicher Kindererziehung in der Zeit zwischen 1933 und 1945 gemacht hat.



Wohin eine weitestgehend verstaatlichte Kindererziehung führt, hat in Deutschland zuletzt auch das Beispiel der DDR gezeigt, wo diese Art der Erziehung fester Bestandteil des Gesinnungsstaates war.

Die AfD-Fraktion lehnt deshalb eine Ausweitung staatlicher Kindererziehung durch Einführung einer Kitapflicht strikt ab. Sprachprobleme bei Migrantenkindern können nur im Rahmen einer Sprachförderung gelöst werden, die bereits bei den Eltern anfängt.“